

Revitalisierte Gewerkschaftsmacht unter Mitte-Links-Regierungen in Argentinien, Brasilien und Uruguay

Weinmann, Nico; Bossert, Friedrich; Hecker, Paul

Veröffentlichungsversion / Published Version

Zeitschriftenartikel / journal article

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:

Verlag Barbara Budrich

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Weinmann, N., Bossert, F., & Hecker, P. (2016). Revitalisierte Gewerkschaftsmacht unter Mitte-Links-Regierungen in Argentinien, Brasilien und Uruguay. *PERIPHERIE - Politik, Ökonomie, Kultur*, 36(2), 182-200. <https://doi.org/10.3224/peripherie.v36i142-143.24676>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-SA Lizenz (Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY-SA Licence (Attribution-ShareAlike). For more information see: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0>

Nico Weinmann, Friedrich Bossert & Paul Hecker

Revitalisierte Gewerkschaftsmacht unter Mitte-Links-Regierungen in Argentinien, Brasilien und Uruguay

Keywords: trade unions, power resources, industrial relations, left-turn, Latin America, Argentina, Uruguay, Brazil

Schlagwörter: Gewerkschaften, Machtressourcen, Arbeitsbeziehungen, Linkswende, Lateinamerika, Argentinien, Uruguay, Brasilien

Bis lange nach dem Putsch Pinochets in Chile 1973 galt Lateinamerika als Exerzierfeld neoliberaler Deregulierung. Vor diesem Hintergrund erodierten bis zur Jahrtausendwende vielerorts stetig die Machtressourcen von Gewerkschaften. Zunächst setzten ihnen die Repressionen von autoritären Regimen zu. Nach der Redemokratisierung und als formale Rechte der Gewerkschaftsfreiheit wieder ausgeweitet wurden, erschwerten Umbrüche der Arbeitsmarktstruktur Gewerkschaftshandeln nachhaltig (Anner 2008). So galten knapp 70% der in den 1990er Jahren geschaffenen Jobs als „informell“ oder sie waren Teil eines prosperierenden „prekären“ Beschäftigungstyps (ILO 2002). Der Strukturwandel ging einher mit weitreichenden politischen Eingriffen zur Arbeitsmarktflexibilisierung (Weinmann 2014: 167ff). Demgegenüber wandelten sich mit der Jahrtausendwende die politischen Vorzeichen für gewerkschaftliches Handeln in vielen Ländern Lateinamerikas grundlegend. Zunehmend wurden Regierungen ins Amt gewählt, unter deren Regie sich die Region zu einem Laboratorium neuer Sozialreformen mauserte. Die Institutionalisierung der Arbeitsbeziehungen, die Registrierung von Arbeit und die Ausweitung sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung wurden zu zentralen Politikzielen (Boris 2014: 78ff). Nach knapp über einem Jahrzehnt linker Regentschaft zeichnet sich gegenwärtig mit den Wahlniederlagen in Venezuela und in Argentinien sowie dem Amtsenthebungsverfahren gegenüber Dilma Rousseff in Brasilien eine tiefe Krise, vielleicht auch schon ein sukzessives Ende der Linkswende ab (Brand 2016). Vor diesem Hintergrund blicken wir in diesem Beitrag zurück und ziehen vorläufig Bilanz. Wir fragen, auf welche Weise sich die Machtressourcen von Gewerkschaften unter den

Mitte-Links-Regierungen während der post-neoliberalen Ära neu konfiguriert haben und betrachten hierbei mit Argentinien, Uruguay und Brasilien drei Länderfälle des *Cono Sur*, in denen Gewerkschaften seit langem bedeutende Akteure im sozialen Geschehen darstellen.

Was ist Gewerkschaftsmacht?

Bei unserer Betrachtung gehen wir von der theoretischen Vorannahme aus, dass Gewerkschaften über „Macht“ verfügen, die aus der historisch spezifisch gewachsenen Konfliktbeziehung zwischen Kapital und Arbeit entspringt. Wir greifen dabei einen Analyserahmen auf, der seit geraumer Zeit als „Jenaer Machtressourcenansatz“¹ Schule macht (Arbeitskreis Strategic Unionism 2013; Schmalz & Dörre 2014; s. auch den Beitrag von Ebenau & Nickel in diesem Heft; S. 158ff) und der von einem Zusammenspiel verschiedener gewerkschaftlicher Machtressourcen ausgeht:

- *Strukturelle Machtressourcen (structural power)* erwachsen aus der Stellung der Lohnabhängigen im Wirtschaftssystem (Wright 2000; Silver 2005: 30ff). Ihr zugerechnet werden Produktions- und Marktmacht. Erstere ist besonders ausgeprägt in Produktionssektoren mit hoher Kapitalintensität und bei besonderer Relevanz innerhalb von Produktions- und Wertschöpfungsnetzwerken (Brinkmann u.a. 2008: 27). Marktmacht wiederum ergibt sich aus der Struktur und der Segmentierung des Arbeitsmarktes. Sie resultiert beispielsweise aus dem „Besitz seltener Qualifikationen, die von Arbeitgeber*innen nachgefragt werden, geringer Arbeitslosigkeit“ und der „Fähigkeit sich vollständig vom Arbeitsmarkt zurückzuziehen und von anderen Einkommensquellen zu leben“ (Silver 2005: 30ff). Alle diese strukturellen Faktoren begünstigen die Verhandlungs- und Kampfposition von Lohnabhängigen gegenüber der Kapitaleseite. Im lateinamerikanischen Kontext stellt sich grundsätzlich die Verfügbarkeit von Produktions- und Marktmacht für verschiedene Beschäftigtengruppen als außerordentlich unterschiedlich dar. So haben sich historisch über Asymmetrien der internationalen Arbeitsteilung für periphere Kapitalismen typische, auf den Weltmarkt bezogene Sektoren

1 Im Gegensatz zum Jenaer Ansatz sprechen wir nicht von „Arbeitermacht“ sondern von „Gewerkschaftsmacht“. Wir meinen, dass das konzeptionelle Gerüst des Ansatzes sich gut dazu eignet, die Konfiguration von gewerkschaftlichen Machtressourcen zu diskutieren. Die Ergründung von *Arbeitermacht* bräuchte jedoch ein breiteres Verständnis, das noch stärker weitere klassenbezogene Spielarten der Organisation jenseits von Gewerkschaften berücksichtigen müsste – von Parteien über „Graswurzelorganisationen“ bis zu Guerilla-gruppen –, die uns durch die Kategorienbildung des Ansatzes allerdings nur unzureichend erschließbar erscheinen.

der Ressourcenextraktion und Produktion herausgebildet, die aufgrund ihrer Außenorientierung jedoch kaum Diffusionseffekte für die Binnenökonomien freigesetzt haben (klassisch dazu: Córdova 1973). In der Folge haben sich bis heute im internationalen Vergleich besonders heterogene Arbeitsmarkt- und Produktionsstrukturen manifestiert. Als Orientierungsgrößen für ein Verständnis von struktureller Macht und deren Veränderung im zeitlichen Verlauf dienen uns deshalb gängige Kennziffern, die auf die strukturelle Heterogenität lateinamerikanischer Ökonomien, auf Arbeitslosigkeit, informelle und formelle Beschäftigung verweisen (CEPAL 2010).

- *Organisationsmacht (associational power)* entsteht aus der Herausbildung von strategie- und konfliktfähigen kollektiven Akteuren. Als wichtigstes Kriterium für deren Bemessung dient uns die Mitgliederzahl. Darüber hinaus sind etwa Infrastrukturressourcen, eine effiziente Organisationsstruktur, eine aktive Beteiligung der Gewerkschaftsmitglieder oder aber die Kohäsion der Organisation(en) von Bedeutung (Lévesque & Murray 2010; Arbeitskreis Strategic Unionism 2013).
- *Institutionelle Macht* ist das Resultat von vergangenen Kämpfen und Aushandlungsprozessen. Institutionen, verstanden als soziale Basiskompromisse, können über ökonomische Konjunkturen und kurzzeitige Veränderungen gesellschaftlicher Kräfteverhältnisse hinweg Bestand haben und Verhaltensregeln fortschreiben (Brinkmann u.a. 2008: 25; Dörre 2010: 876). Institutionelle Macht kann in diesem Sinn in Verfassungsregelungen, Gesetzen und den Institutionen der Arbeitsbeziehungen verankert sein. In der institutionellen Macht ist gewöhnlich eine Doppellogik angelegt: Korporatistische Institutionen gewähren den Arbeitenden und ihren Gewerkschaften einerseits Rechte und die Möglichkeit der Einflussnahme auf Entscheidungsfindungsprozesse. Gleichzeitig bieten seit jeher die Regime der Arbeitsbeziehungen in Lateinamerika die Möglichkeit der staatlichen Kontrolle bis hin zur Unterdrückung unabhängiger Interessenpolitik der Arbeiterbewegung (Collier & Collier 2002). Zur Erörterung institutioneller Macht dient uns ein Blick auf die nationalen Systeme der Arbeitsbeziehungen, insbesondere in Hinblick auf Kollektivverhandlungen und Gewerkschaftsrechte.
- Eine vierte Machtressource von Gewerkschaften bezeichnen wir als *gesellschaftliche Macht*. Hier können wiederum zwei Subkategorien unterschieden werden: Erstens, diskursive Machtressourcen, die auf der Fähigkeit von Gewerkschaften beruhen, ihre Forderungen als akzeptabel oder gar wünschenswert für die Gesellschaft als Ganzes darzustellen, um breite öffentliche Unterstützung zu gewinnen. Wir untersuchen diesen Aspekt anhand dominanter gesellschaftlicher arbeits- und verteilungspolitischer

Diskurse. In diesem Zusammenhang interessiert uns die Frage, auf welche Weise sich im Rahmen der Linkswende die Anknüpfungsfähigkeit gewerkschaftlicher Positionen gegenüber dem zuvor dominanten neoliberalen Diskurs verändert hat. Zweitens, Kooperationsmacht, worunter wir die zusätzlichen Durchsetzungschancen verstehen, die aus tragfähigen Bündnissen mit sozialen Gruppen und Organisationen entspringen und über die gemeinsame Mobilisierungen, Kampagnen und Aktionen möglich werden (Turner 2006; Brinkmann u.a. 2008: 98ff).

Die skizzierten Machtressourcen werden dem Ansatz folgend nicht als additive Größen verstanden. Es bestehen vielmehr komplexe Wechselwirkungen zwischen ihnen, die sich in der strategischen Wahl ihres Einsatzes, also in Gewerkschaftshandeln manifestieren. Um die Rekonfiguration gewerkschaftlicher Macht im Verhältnis zu den Mitte-Links-Regierungen analytisch zu durchdringen, verfahren wir methodisch nach dem Prinzip des „process tracing“ (Bennett 2010). Wir rekonstruieren in jedem der Länderfälle die Entwicklung der gewerkschaftlichen Machtressourcen und den chronologischen Verlauf damit in Zusammenhang stehender relevanter Ereignisse. Zunächst betrachten wir in Grundzügen die langfristigen Pfade der Konfiguration von Gewerkschaftsmacht bis zur Regierungsübernahme der Mitte-Links-Regierungen, um im Anschluss ein besonderes Augenmerk auf die direkten und indirekten Einflüsse von Regierungsmaßnahmen auf die Rekonfiguration der jeweiligen gewerkschaftlichen Machtressourcen zu legen. In einem Fazit synchronisieren wir die Darstellungen und fragen vergleichend nach Übereinstimmungen und Unterschieden der Rekonfiguration von Gewerkschaftsmacht in ihrem wechselseitigen Verhältnis zu den jeweiligen Regierungsformationen.

Argentinien: Das Comeback der Gewerkschaften unter dem *Kirchnerismus*

In Argentinien stellte die Regierung Juan Domingo Peróns ab 1946 einen pfadbestimmenden Einschnitt für die Rekonfiguration der Gewerkschaftsmacht dar. Peronistische Umverteilungs- und Industrialisierungsprogramme trugen seinerzeit zur Ausweitung der Industriearbeiterschaft und einer Reduzierung der Arbeitslosigkeit bei (Torrado 1992). Über korporatistische Instrumente, wie etwa die Etablierung staatlich geförderter gewerkschaftlicher Krankenversicherungen, kamen regierungstreuen Gewerkschaftsführungen staatliche Ordnungsfunktionen zuteil und sie wurden mit der Kontrolle über umfangreiche ökonomische Ressourcen ausgestattet. Dies bot einerseits die Grundlage

für eine Stärkung gewerkschaftlicher Organisationsmacht: Die Mitgliederzahl schnellte allein zwischen 1946 und 1954 von 880.000 auf 2.260.000, was einem Organisationsgrad von 43%² entsprach (Doyon 1975: 154-160). Andererseits führte die Inkorporation in den Peronismus zu einem einschneidenden Gestaltwandel der argentinischen Gewerkschaften. Sie büßten gegenüber dem Staat an Autonomie ein, erhielten einen ausgeprägten „Servicecharakter“ und rückten durch die tiefgreifende „Peronisierung“ nach rechts. Als Folge etablierte sich eine pragmatische, kaum durch interne Demokratie kontrollierte, dem Peronismus verpflichtete und auf den Staat fokussierte Gewerkschaftsbürokratie heraus (Del Campo 2005; Torre 1989).

Die Machstellungen der Gewerkschaften wurden ab dem Putsch einer rechten Militärjunta 1976 durch offene Repression, gar Massenmord und Verbote angegriffen (Godio 2000). Die Diktatur ebnete zudem den Weg für eine neoliberale Transformation der Gesellschaft, die ab dem Ende der 1980er Jahre auch von einer gewählten peronistischen Regierung vorangetrieben wurde und sich tiefgreifender vollzog als in Brasilien und Uruguay (Beccaria u.a. 2009). Die Folge waren Deindustrialisierungs- und Prekariarisierungsprozesse: Zwischen 1974 und 2002 sank der Anteil der Industriebeschäftigten an der Erwerbsbevölkerung von 23% auf 11% (Timmer u.a. 2014), die Arbeitslosenquote stieg von 3,4% auf 21,5% (INDEC) und der Anteil informell beschäftigter Lohnabhängiger von 18% auf 44% (Beccaria & Groisman 2009a; SEDLAC), sodass die strukturellen Machtressourcen der Gewerkschaften erodierten. Ängste vor Jobverlust entfachten gegenüber der Arbeiterbewegung Disziplinierungseffekte, die gepaart mit einem hegemonialen, neoliberalen Alltagsverständnis³ den gesellschaftlichen Machtressourcen der Gewerkschaften erheblich zusetzten. Durch Arbeitsmarktflexibilisierung sowie eine Deaktivierung korporativer Verhandlungen wurden auch ihre institutionellen Machtressourcen geschwächt (Beccaria u.a. 2009). Während der Organisationsgrad nicht zuletzt dank des breiten Serviceangebots der Gewerkschaften nur moderat zurückging und 2001 bei geschätzten 40% lag (Marshall 2005), drückte sich eine reale Schwächung von Organisationsmacht vor allem durch einen Verlust von Mobilisierungsfähigkeit aus (Etchemendy 2011). Die Mehrheit der *Confederación General del Trabajo de la República Argentina* (CGT) richtete sich innerhalb der

2 Statistisch bedingt können wir keinen Vergleich der Organisationsgrade zwischen den Länderfällen anstellen. Die angeführten Zahlen dienen der Darstellung der jeweils nationalen Trends.

3 Daten des *World Value Surveys* (WVS) des Jahres 1991 zeigen eindrücklich, wie weitreichend neoliberale Denkmuster das Massenbewusstsein Anfang der 1990er prägten: Eine breite Mehrheit sprach sich für größere Einkommensungleichheit als Anreizsystem, weniger Staat und mehr „Eigenverantwortung“ aus.

neoliberalen Ordnung ein, machte pragmatische Tauschgeschäfte mit der peronistischen Regierung von Carlos Meném und beschränkte sich auf Strategien exklusiver Besitzstandswahrung immer kleiner werdender Kernsegmente der ArbeiterInnenschaft (Palomino 2005). In Opposition dazu gründete sich Anfang der 1990er Jahre der linkere Gewerkschaftsdachverband *Central de Trabajadores de la Argentina* (CTA), der auf Bündnisse mit anderen sozialen Bewegungen setzte und Arbeitslose sowie informell tätige ArbeiterInnen organisierte. Zusammenfassend kann zwischen 1976 und 2002 von einer empfindlichen Schwächung gewerkschaftlicher Machtressourcen gesprochen werden.

Als Argentinien um die Jahrtausendwende eine tiefe Wirtschaftskrise durchlebte, kündigte sich eine erneute Kehrtwende der Bedingungen gewerkschaftlichen Handelns an. Beschleunigt durch die Krisenerfahrungen schwand die Zustimmung zu neoliberalen Denkweisen in der argentinischen Gesellschaft. Staatliche Interventionen in die Wirtschaft und sozialpolitische Umverteilung wurden wieder mehrheitsfähig (WVS). Nach Jahren gewerkschaftlicher Schwächung nahmen damit die *gesellschaftlichen Machtressourcen* wieder eine positive Entwicklung. Exemplarischer Ausdruck der neuen Offenheit für gewerkschaftliche Anliegen war ein von der CTA angeführtes Bündnis, dem es 2001 gelang, in wenigen Tagen fast zwei Millionen Unterschriften für ein sozialpolitisches Reformprogramm zu sammeln (La Nación 2001). Ende des gleichen Jahres zwangen soziale Proteste die neoliberal ausgerichtete Regierung von De la Rúa zum Abdanken (Boris & Tittor 2006). Nach einer bewegten Übergangsphase gewann Néstor Kirchner 2003 als Vertreter einer moderat linken Strömung innerhalb eines zerstrittenen Peronismus die Präsidentschaftswahlen, was zudem neue Bündnisoptionen für Gewerkschaften schuf.

Bereits bei der Regierungsübernahme durch Kirchner war der Höhepunkt der ökonomischen Krise überschritten. Mitte 2002 stellten sich hohe Wachstumsraten ein, die durch konsumsteigernde Umverteilungsmaßnahmen, aktive Wechselkurs- und Zinspolitik, Importzölle sowie die anziehenden Weltmarktpreise für landwirtschaftliche Produkte sogar noch verstärkt wurden (Beccaria u.a. 2009). Dies führte zu einer gewissen Erholung der *strukturellen Machtressourcen* der Gewerkschaften. Die Industriebeschäftigung nahm zwar relativ gesehen nur von 11% der Erwerbstätigen 2002 auf 12% 2011 zu, jedoch handelte es sich dabei aufgrund des allgemeinen Jobwachstums absolut gesehen durchaus um ein bedeutendes Wachstum. Die Arbeitslosenrate verringerte sich von über 20% 2002 auf unter 7% 2013, und der Anteil informell beschäftigter Lohnabhängiger sank in demselben Zeitraum von 44% auf 34% (INDEC; SEDLAC). Dadurch wuchs die Fähigkeit der Gewerkschaften,

durch Streiks ökonomischen Druck auszuüben und die disziplinierende Angst vor Jobverlust nahm wieder ab. Mit der regierungspolitischen Linkswende wurden insgesamt ArbeitnehmerInnenrechte graduell ausgebaut, was zu einer Stärkung der *institutionellen Machtressourcen* der Gewerkschaften beitrug. Bereits in den ersten Jahren baute der Kirchnerismus den Kündigungsschutz aus, verzichtete weitgehend auf das Instrument der Zwangsschlichtung von Tarifkonflikten, schränkte die freie Hand der Arbeitgeber bei Veränderungen der Arbeitsbedingungen ein und legte ihnen kollektive Lohnverhandlungen auf, bei denen bereits vorweg per Dekret eine bedeutende Erhöhung des Basislohns festgelegt wurde (Etchemendy 2011; Sénen González 2011). Unter diesen Voraussetzungen stieg die Anzahl der Tarifabschlüsse von etwa 200 im Jahr 2002 auf rund 1600 im Jahr 2010. Da die Ergebnisse nach Abschluss für allgemeingültig erklärt wurden, erhöhte sich die Tarifbindung auf fast das Vierfache (Etchemendy 2011: 49-51). Während die meisten neuen Regelungen die Durchsetzungsfähigkeit der Gewerkschaftsbewegung insgesamt stärkten, setzte der Kirchnerismus gleichzeitig die peronistische Tradition eines staatszentrierten, vertikalen Korporatismus fort und bewahrte sich bei der Zuweisung von Krankenkassenbeiträgen und der Anerkennung von Gewerkschaften mächtige Interventionsinstrumente, die teils den Normen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) widersprechen.

Die Verbesserung der Arbeitsmarktlage und der institutionellen Rahmenbedingungen, sowie die allgemein gewachsene gesellschaftliche Akzeptanz, stellten eine gute Ausgangslage für die Stärkung der gewerkschaftlichen *Organisationsmacht* dar. Schätzungen zufolge stieg die Anzahl der Gewerkschaftsmitglieder zwischen 2003 und 2010 um 24% (Abal Medina 2012: 120), während davon auszugehen ist, dass der Organisationsgrad aufgrund des allgemeinen Jobwachstums deutlich moderater anstieg (Sénen González 2011: 41). Bedeutend war außerdem das Wiedererwachen vieler Basisstrukturen, was durch die vermehrt und teils auch konfliktreich geführten Tarifverhandlungen begünstigt wurde (Etchemendy 2011). Gleichzeitig verlangsamte sich jedoch das Wachstum des progressiven Dachverbands CTA ab 2003, da es ihm kaum gelang Organisationserfolge in der Privatwirtschaft zu erreichen und die in ihm organisierten Arbeitslosenbewegungen im Zuge der Erholung des Arbeitsmarktes an Schwung verloren. Auch deshalb konnte die konservative CGT ihre führende Rolle als wichtigster Dachverband konsolidieren, sodass in den meisten Gewerkschaften tradierte undemokratische Praktiken fortlebten und sich die Tarifpolitik abseits der Lohnfrage wenig innovativ zeigte. Ab 2008 kam es zu weiteren Spaltungen der Dachverbände. Zunächst trennte sich eine kleine Gruppe von rechts-peronistischen Gewerkschaften von der CGT. In den Jahren 2010 und 2012 spalteten sich erst die CTA und

dann abermals die CGT in je einen regierungstreuen und einen oppositionellen Verband, was die Durchsetzungskraft der Gewerkschaften in der Politik reduzierte (Abal Medina 2012).

Zusammenfassend kann während der Amtszeit der Kirchner-Regierungen (2003–2015) ein bedeutendes Wiedererstarken der Gewerkschaften konstatiert werden, das sich über alle vier Machtressourcen erstreckt, allerdings nicht ausreicht, um den unter dreißig Jahren Neoliberalismus erlittenen Machtverlust auszugleichen. Ab 2009 trugen schließlich wirtschaftliche Schwierigkeiten, Korruptionsvorwürfe und interne Auseinandersetzungen zu einem Bröckeln der kirchneristischen Koalition bei. 2015 gewann der neoliberal orientierte Unternehmer Mauricio Macri die Präsidentschaftswahlen, berief zahlreiche UnternehmerInnen in sein Kabinett und leitete unverzüglich Entlassungen im öffentlichen Dienst sowie regressive Wirtschafts- und Steuerreformen ein. Während die CTAs ihre Mitglieder von Beginn an zu Widerstand aufrief, verhielten sich die CGTs eher zögerlich (Dobrusin & Campos 2016). Es ist davon auszugehen, dass das Umfeld für gewerkschaftliches Handeln mit der neuen Regierung rauer wird. Das birgt Risiken für die Gewerkschaften, kann aber auch Impulse zur Politisierung, Erneuerung, Aktivierung und Einheit geben.

Uruguay: Gewerkschaftsmacht im revitalisierten Korporatismus der *Frente Amplio*

In Uruguay bestimmte insbesondere die Verallgemeinerung der *Consejos de Salarios* (Lohnräte) in den 1940er Jahren die weiteren Pfade der Arbeitsbeziehungen. Mit der Implementierung des korporatistischen Arrangements gelang es der Regierung, schwelende Arbeitskonflikte in für lateinamerikanische Verhältnisse ausgesprochen horizontale Verhandlungsroutinen zu lenken (Notaro & Caetano 2012). So wurden den Gewerkschaften weitreichende Autonomiespielräume und Möglichkeiten der betrieblichen Mitbestimmung zugebilligt. Im Fahrwasser einer prosperierenden Wirtschaft und flankiert von einer gewerkschaftsfreundlichen Politik steigerten sie ihre Machtressourcen fortan stetig und einten – anders als in ihren Nachbarländern – die zuvor ideologisch zersplitterte Gewerkschaftsbewegung (Errandonea & Costabile 1969; Finch 1981: 9ff). Im Verlauf der 1960er Jahre schwand im Kontext ökonomischer Krisen zusehends der Spielraum für eine Politik des korporatistischen Ausgleichs. Das Land erlebte eine rasante gesellschaftliche Polarisierung. Offensive Generalstreiks, die Stadtguerilla der *Tupamaros* und das neu formierte Linksbündnis der *Frente Amplio* (FA) stellten zunehmend die Machtfrage, die jedoch autoritär beantwortet wurde, als das Land 1973 zu einer offenen Militärdiktatur wurde (Rico 1989). In der Folge wurden

korporatistische Strukturen aufgekündigt und Gewerkschaften gewaltsam entmachtet. Gleichwohl blieb die Gewerkschaftsbewegung im Untergrund aktiv, organisierte sich unter dem Dach der *Plenario Intersindical de Trabajadores – Convención Nacional de Trabajadores* (PIT-CNT) neu und war Teil einer Bewegung, die zu Beginn der 1980er zum sukzessiven Abdanken der Diktatur beitrug. Im Anschluss wurden mit der Redemokratisierung im Jahr 1984 die *Consejos de Salarios* zwar wieder restauriert und Gewerkschaftshandeln legalisiert. Insgesamt folgte die Politik spätestens ab den 1990er Jahren allerdings zunehmend dem neoliberalen Paradigma, gegen das die FA, neue soziale Bewegungen und die Gewerkschaften gemeinsam opponierten (Alegre & Filgueira 2009). Die Arbeitsmarktstruktur des Landes durchlief währenddessen einen steten Prozess der Tertiärisierung und Deindustrialisierung. In der Folge halbierten sich über die 1990er Jahre hinweg die in der Industrie verrichteten Arbeitsstunden, die offene Arbeitslosigkeit stieg von 8% (1990) auf 17% (2002), während die Hälfte der urbanen Arbeit zur Jahrtausendwende als befristete Teilzeitbeschäftigung und Gelegenheitstätigkeiten auf eigene Rechnung prekär oder als informelle Arbeit stattfand (SEDLAC; Supervielle & Quiñones 2003: 284ff). Die schwindende strukturelle Macht, bald schon gepaart mit einer politischen Demontage der Kollektivverhandlungen, setzte die Gewerkschaften sichtlich unter Druck: Zwischen 1987 und 2001 halbierte sich die Zahl ihrer Mitglieder, wobei der Organisationsgrad überproportional in Sektoren der Privatwirtschaft sank (ebd.: 296). Die Informalisierungs- und Prekarisierungstrends in der Arbeitswelt wurden zur Jahrtausendwende deutlich beschleunigt, als das Land im Sog der argentinischen Krise selber in eine schwere Wirtschaftskrise stürzte (Quijano 2005). Die oppositionelle Bewegung in Uruguay orientierte sich, anders als jenseits des *Río de la Plata*, weniger auf die Straße, als auf die Wahlen im Jahr 2004. Ein wesentlicher Grund hierfür lag in der Tatsache begründet, dass mit der FA ein politischer Arm sozialer Bewegungen und der Gewerkschaften herangewachsen war, der Aussicht auf einen Politikwechsel gab (Lanzaro 2011).

Das Linksbündnis traf mit einem Wahlkampf für ein „soziales Uruguay“ die Wechselstimmung des Landes (Luna 2007: 7f). Der Wahlsieg legte nicht nur insgesamt Zeugnis von einem Klimawandel im gesellschaftlichen Diskurs zugunsten linker Positionen ab. Da sich das Wahlprogramm insbesondere in den Feldern der Arbeits- und Sozialpolitik mit der Programmatik der PIT-CNT weitgehend deckte, kann der Regierungswechsel auch als Ausdruck gesteigerter *gesellschaftlicher Macht* der Gewerkschaften angesehen werden. Unter der Regie von Präsident Tabaré Vázquez fanden sich zudem zahlreiche Gewerkschaftsfunktionäre auf der Regierungsbank und in Ministerien wieder. Flankiert von einer wieder prosperierenden Wirtschaft sank die

Zahl informeller Beschäftigter von 43% im Jahr 2002 auf heute etwa 35% (SEDLAC), sodass insgesamt auch die *strukturellen Machtressourcen* der Gewerkschaften zunahmen. Unter der neuen Regierung kam es durch Reformen der Sozialsysteme zu einer Ausdehnung sozialversicherungspflichtiger Arbeit mit tariflich festgelegten Normen. Dabei erfand die Regierung alte korporatistische Traditionen des Landes neu. Gewerkschaften wurden auf den Ebenen der allgemeinen Politikgestaltung sowie der Tarif- und Lohnverhandlungen systematisch in Entscheidungsprozesse eingebunden. Allen voran reaktivierte die FA das System der *Consejos de Salarios* und weitete es auf zuvor ausgeschlossene Berufsgruppen der Landarbeit und später auf den Sektor bezahlter Haushaltsarbeit aus (Raso Delgue u.a. 2010; Rodríguez u.a. 2010). Auch die Regulierungsdichte der Verhandlungen nahm zu: Während zwischen 1984 und 2004 etwa 100 Kollektivvereinbarungen getroffen wurden, standen dem alleine in den ersten fünf Jahren der FA-Regierung 812 Abschlüsse gegenüber. Weil sich abzeichnete, dass die Verhandlungen von einer unternehmensfreundlichen Investitions- und Wettbewerbspolitik flankiert wurden, legte sich anfänglicher Widerstand der Unternehmensverbände (ebd.). Seitdem wird die deutliche Mehrheit der Verhandlungen einvernehmlich beendet. Über alle Lohnrunden hinweg konnte beständig eine Reallohnsteigerung erzielt werden, während sich der Verteilungsmodus deutlich zugunsten der unteren Einkommensgruppen verschob, was vor allem über die Anhebung des gesetzlichen Mindestlohns geschah (Senatore & Méndez 2011). Hierüber wurden aktiv Lohnspreizungen minimiert, sodass Hierarchien zwischen einzelnen Gruppen auf dem Arbeitsmarkt nicht nur in Folge von wirtschaftlichen Effekten an Wirkungskraft einbüßten. Insgesamt stärkten diese Tendenzen die Homogenisierung der Arbeitsmarktstruktur die Marktmacht von strukturell benachteiligten Gruppen der Lohnabhängigen. Nicht nur die Reaktivierung der *Consejos de Salarios*, sondern auch ein Gesetz zur Gewerkschaftsfreiheit, das vielfältige Aktivitäten innerhalb und außerhalb des Betriebes erleichterte (Rodríguez u.a. 2010: 143ff), stärkten die *institutionellen Machtressourcen* der Gewerkschaften. Hierüber wurden sichtlich Synergien zur Gewinnung neuer Mitglieder freigesetzt. Die Integration von Branchen begrenzter struktureller Macht in die korporatistische Ordnung erleichterte in der Reinigungsbranche, bei Sicherheitsfirmen, Geldwechselstuben, bei der Landarbeit oder den Hausarbeiterinnen die Organisation. Gleichzeitig kam es zum Ausbau traditioneller Gewerkschaftsbastionen wie bei den Hafenarbeitergewerkschaften. Vor diesem Hintergrund stieg die Anzahl der Gewerkschaftsmitglieder während der Regentschaft der FA von 120.000 auf heute über 400.000, sodass von einer deutlichen Zunahme der *Organisationsmacht* ausgegangen werden kann.

Zusammenfassend konnten seit der Linkswende in Uruguay allgemein die gewerkschaftlichen Machtressourcen deutlich ausgeweitet werden. Dabei bewahrten sich die Gewerkschaften zum wiederholten Mal in der Geschichte des Landes trotz ihrer korporatistischen Einbindung ein hohes Maß an politischer Autonomie und innergewerkschaftlichem Pluralismus. So gehören ausgerechnet die Tarifaueinandersetzungen in Sektoren des Öffentlichen Diensts immer wieder zu den am heftigsten geführten. Zudem kommt es regelmäßig zu lebendig geführten gewerkschaftsinternen Disputen, die oftmals mit Strömungsaueinandersetzungen innerhalb der FA korrespondieren, ohne dass hierbei die Kooperation mit dem Linksbündnis grundsätzlich in Frage gestellt wird. Das könnte sich allerdings im Zuge eines Endes der ökonomischen Prosperität bald ändern. So schwand zuletzt der Verhandlungsspielraum in den korporatistischen Arenen, womit das gewachsene Bündnis zwischen FA und PIT-CNT künftig härter auf die Probe gestellt wird.

Brasilien: Fragmentierte Einbindung trotz gestiegener Machtressourcen

Die Pfade der brasilianischen Arbeitsbeziehungen wurden nachhaltig von zwei Phasen vertikaler Einbindung in die staatliche Ordnung geprägt: Präsident Getúlio Vargas forcierte in den 1930er Jahren die selektive Inkorporation wachsender Gruppen urbaner Industriebeschäftigter, die sich in einer Vielzahl politisch ausgerichteter Strömungsgewerkschaften organisiert hatten. In der Militärdiktatur ab 1964 folgte dann die Inkorporierung von Landarbeitergewerkschaften (Fagnani 2005). Die partielle Gewährung von Gewerkschaftsrechten ging jeweils einher mit staatlicher Einflussnahme und Kontrolle, etwa in Form von gerichtlichen Zwangsschlichtungen von Tarifverhandlungen, durch ministeriale Eingriffe in interne Wahlprozesse oder der Absetzung kämpferischer Gewerkschaftsspitzen (Santos 1979; Draibe 2004). Als Antwort auf die selektive und repressive Form der Einbindung der Arbeiterbewegung bildeten sich im geschichtlichen Verlauf stets inoffizielle Parallelinstitutionen beziehungsweise wurden etablierte Institutionen unterwandert. Diese subversive Rückkehr zur Vielfalt politischer Strömungsgewerkschaften erfolgte auch, weil Brasilien selbst im lateinamerikanischen Vergleich als regional und sozial äußerst heterogenes Land von besonderen Spaltungs- und Differenzierungspotenzialen für die Gewerkschaften geprägt ist (Infante u.a. 2015).

Als ab den 1970er Jahren von der Regierung eine Politik der „Lohnschrumpfung“ (*arrocho salarial*) durchgesetzt wurde, die insbesondere untere Lohngruppen traf (IBGE), gewannen oppositionelle Tendenzen

gegenüber den korporatistischen Arrangements insgesamt an Bedeutung. So formierte sich die Gewerkschaftsbewegung des *Novo Sindicalismo*, deren Machtbasis in den expandierenden Industriesektoren lag. Die neue Bewegung plädierte für Umverteilungspolitiken, forderte die Überwindung der Militärdiktatur und des staatlich kontrollierten Gewerkschaftssystems. Dafür wurden neben einer Anbindung an soziale Bewegungen auch institutionelle Alternativen zu offiziellen Gewerkschaftsstrukturen entwickelt. Als Ergebnis gründete sich 1983 die *Central Única dos Trabalhadores* (CUT) in der sich nach politischer Unabhängigkeit strebende lokale Einzelgewerkschaften in einem legal zwar nicht vorgesehenen, real aber existierenden Gewerkschaftsdachverband (*Central Sindical*) zusammenschlossen. Schlussendlich konnten mit der Überwindung der Diktatur 1985 und der Verfassung von 1988 wichtige politische Erfolge in Richtung einer Universalisierung sozialer Rechte und des Gewerkschaftssystems erzielt werden. Der staatliche Einfluss auf die Gewerkschaften blieb aber weiterhin hoch. Zudem führte die stagnierende wirtschaftliche Entwicklung zu steigender Arbeitslosigkeit (1992: 6,4%; 1998: 9,6%) und grassierender Informalität (1999: 58,1%, s. SEDLAC), was gepaart mit Privatisierungsmaßnahmen gewerkschaftliche Machtressourcen untergrub.

Politisch waren die neoliberalen Einschnitte gerade im Vergleich zum argentinischen Fall zwar weniger tiefgreifend, dafür aber ausdauernder. So werden bis heute Prozesse der Flexibilisierung des Arbeitsmarkts auch politisch forciert, die seit der neoliberalen Periode unter dem Stichwort *terceirização* (Auslagerung) zur Prekarisierung von Beschäftigung führten (Gonzalez u.a. 2009). Umgekehrt konnten dagegen wichtige ressourcenstarke Arbeitsmarktsektoren, allen voran die Petrobras-Beschäftigten (Erdölförderung), erfolgreiche Abwehrkämpfe führen. Mit der *Força Sindical* betrat in den 1990er Jahren außerdem ein offen wirtschaftsliberaler Gewerkschaftsdachverband außerhalb der CUT die politische Bühne und führte die fragmentierende Tradition brasilianischer Richtungsgewerkschaften fort.

Als im Jahr 2002 dem ehemaligen Gewerkschaftsführer Luiz Inácio „Lula“ da Silva nach seiner dritten Kandidatur für die *Partido dos Trabalhadores* (PT) die Wahl zum Präsidenten gelang, unterstützte ihn ein politisches Bündnis zwischen CUT und PT. Für die CUT zentrale Themen wie Politiken der Wirtschaftsentwicklung und der Lohnsteigerung stellten zwar prominente Inhalte seiner Agenda dar. Gleichzeitig entsagte sich Lula schon im Wahlkampf einer konsequenten Abkehr von der neoliberalen Außenhandels- und Wirtschaftspolitik seiner Vorgänger, nicht zuletzt um sich breite Optionen der Regierungsbildung zu wahren. Der wirtschaftsfreundliche Kurs der PT-geführten Mehr-Parteien-Koalition führte bald zu Gegenmobilisierungen

von Seiten der Gewerkschaften und der Landlosenbewegungen. Anders als in Argentinien und Uruguay zeugte der Regierungsantritt der PT somit weniger deutlich von einem Wandel *gesellschaftlicher Machtressourcen* der Gewerkschaften. Nach der Wiederwahl Lulas und trotz der stets wechselnden, politisch instabilen Regierungsbündnisse implementierte die Regierung ab 2006 unter dem Applaus linker Gewerkschaften keynesianisch geprägte, strategische Entwicklungspläne (*Desenvolvimentismo*), die auch die PT-Folgeregierungen unter Dilma Rousseff ab 2011 weiter vorantrieben.

Vor diesem Hintergrund und flankiert von einem stetigen Wirtschaftswachstum nahm die absolute Zahl der Erwerbsbevölkerung⁴ von etwa 85 Millionen (2001) auf über 103 Millionen (2013) zu und auch die Erwerbslosenquote sank zwischen 2001 und 2014 von 9,3% auf 6,8%. Die Trends unterstreichen einen Anstieg *struktureller Machtressourcen* von Gewerkschaften. Während dabei die Beschäftigungszahlen in Industriesektoren auch absolut zunahmen, wurden vor allem in Dienstleistungssektoren neue Arbeitsplätze geschaffen. Insgesamt stieg der Formalisierungsgrad durch Reformen der Sozialversicherung auch in Sektoren mit geringerer Produktionsmacht wie der bezahlten Haushaltsarbeit und der Landwirtschaft, sodass die Informalität insgesamt von 54,3% (2004) auf 45,3% (2013) zurückging (SEDLAC). Auch die Löhne stiegen unter der PT Regierung für eine Mehrzahl der Beschäftigten, insbesondere jedoch in Sektoren mit hohem gewerkschaftlichem Organisationsgrad, etwa im Bereich der Finanzdienstleistungen (Boito & Marcelino 2011). Gleichzeitig wurde eine allgemeine progressive Lohnentwicklung politisch forciert, indem Gewerkschaften, Regierung und Arbeitgeberverbände eine Formel der Mindestlohnanhebung aushandelten, die eine Steigerung über der Inflationsentwicklung garantierte (DIEESE 2012). In wiederbelebten tripartistischen Verhandlungsrunden wurden wieder verstärkt Themen der Arbeitswelt verhandelt⁵. Insgesamt kam es dabei zwar zu einer Zunahme *institutioneller Machtressourcen*, die allerdings widersprüchlich blieb. So stellte unter der PT-Regierung die Erneuerung des brasilianischen Gewerkschaftssystems einen durchweg umstrittenen Gegenstand dar. Reformbemühungen scheiterten über die 2000er Jahren immer wieder an der politischen Uneinigkeit, den Bestandsinteressen und der Heterogenität der zahlreichen regional nach Berufsgruppen organisierten Gewerkschaften. Zusätzlich wurden vom Jahr 2008 an acht Gewerkschaftsdachverbände vom Arbeitsministerium anerkannt. Die Organisationen des

4 Sofern nicht anders gekennzeichnet basieren die folgenden Daten auf den Haushaltsbefragungen *Pesquisa Nacional por Amostra de Domicílios* (PNAD) des *Instituto Brasileiro de Geografia e Estatística* (IBGE).

5 Für eine Übersicht arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen s. Krein 2013.

Novo Sindicalismo waren nunmehr Teil des offiziellen Gewerkschaftssystems, sodass schlussendlich von einer institutionalisierten Verstetigung der gewerkschaftlichen Fragmentierung gesprochen werden muss. Dabei blieben institutionelle Hürden gewerkschaftlicher Repräsentation gegenüber prekär Beschäftigten und betrieblicher Mitbestimmung fortbestehen. Übergreifend kann eine Stärkung *gewerkschaftlicher Organisationsmacht* verzeichnet werden. Der Organisationsgrad stieg von 15,6% (2001) auf 16,7% (2014) an, wobei teilweise auch zuvor kaum repräsentierte Berufsgruppen wie die bezahlten Hausangestellten zwischen 2002 und 2014 eine Verdopplung ihrer Mitgliedschaft erreichen konnten (IBGE).

Mit dem Abschwung der Primärgüterpreise auf den Weltmärkten offenbarte sich zuletzt die Instabilität der politischen Koalition, auf deren Grundlage der gewerkschaftsfreundliche Kurs des *Desenvolvimentismo* verfolgt wurde. Ab 2013 kam es (zunächst im Zuge der Fußballweltmeisterschaft) zu Massenprotesten gegen die Regierung. Außerdem verkleinerte sich der Verteilungsspielraum mit der schrumpfenden Wirtschaftsleistung zunehmend. Die regional und politisch fragmentierten Gewerkschaften konnten im Jahr 2015 eintretende Entlassungen und Nullrunden in zunehmend weniger Fällen verhindern (DIEESE 2016). Als nach der weiteren Erosion der Unterstützung der Regierung in Folge von Korruptionsvorwürfen im Jahr 2016 wichtige Partner die Koalition verließen, erfuhr die PT-Regierung nur durch die CUT uneingeschränkte Unterstützung. Andere Dachverbände wie die *Força Sindical* zeigten sich schnell offen für eine neue Regierungsoption. Im Fall eines Erfolgs des Amtsenthebungsverfahrens gegen Dilma Rousseff streben ihre potenziellen Nachfolger eine Rückkehr zum politischen Kurs der 1990er Jahre an: Statt auf Umverteilung wollen sie auf armutsreduzierende Maßnahmen setzen und außerdem Privatisierungen vorantreiben. Wie in Argentinien kündigt sich in Brasilien damit eine gesellschaftliche Polarisierung an, bei der die gestärkten Machtstellungen eines Großteils der Gewerkschaftsbewegung auf neue Weise herausgefordert werden.

Fazit

Nach Jahrzehnten des Rückgangs gewerkschaftlicher Machtressourcen können wir in Argentinien, Brasilien und Uruguay nach der Regierungsübernahme der Mitte-Links-Regierungen ein bedeutendes Wiedererstarken von Gewerkschaftsmacht konstatieren. Der Ausbau erstreckt sich dabei auf alle in diesem Artikel unterschiedenen Machtressourcen. In Bezug auf die Triebkräfte und Mechanismen gewerkschaftlicher Revitalisierung sind in den drei Ländern Ähnlichkeiten festzustellen: Vor dem Hintergrund multipler

Krisenerfahrungen Ende der 1990er und Anfang der 2000er Jahre kam es zu einer zunehmenden Diskreditierung neoliberaler Denkweisen und einer gesellschaftlichen Offenheit gegenüber linken und gewerkschaftlichen Positionen. Dies stärkte die gesellschaftlichen Machtressourcen der Gewerkschaften und eröffnete Raum für neue Bündnisse, die sich nicht zuletzt in Wahlerfolgen von moderat linken PräsidentschaftskandidatInnen niederschlugen. Die neuen Regierungen wiederum bemühten sich um die Stärkung korporatistischer Verhandlungssysteme und Gewerkschaftsrechte, was zu einem Ausbau institutioneller Machtressourcen der Gewerkschaften führte. Zeitgleich setzte in allen drei Ländern – befördert durch globale und regionale wirtschaftliche Entwicklungen, hier insbesondere über konstant hohe Preise für Primärgüter – ein kräftiges Wirtschaftswachstum ein, welches allgemein ein Wiedererstarren struktureller Machtressourcen begünstigte und außerdem den Verteilungsspielraum für Kollektivverhandlungen vergrößerte. Auch ihre Organisationsmacht konnten die Gewerkschaften in diesem vorteilhaften Umfeld sowohl durch die Erweiterung des Organisationsgrades als auch der Mobilisierungsfähigkeit ihrer Mitglieder stärken. Mit Ausnahme der uruguayischen Gewerkschaften konnte die Mitgliedschaft jedoch nur moderat und überproportional in Segmenten formeller Beschäftigter gesteigert werden. Entlang von Fragen der strategischen Ausrichtung kam es kaum zu einer Erneuerung der Gewerkschaftsbewegung. Das betrifft vor allem die Organisation von informell und prekär Beschäftigten, bei der sich die Gewerkschaften vorwiegend auf die Formalisierungswirkung staatlich geförderter Konjunkturpolitik verlassen. Selbst in Uruguay konnten die Organisationserfolge in informellen Beschäftigungssektoren vor allem dank der korporatistischen Inthronisierung von zuvor unbedeutenden Gewerkschaften wie der Haus- oder LandarbeiterInnengewerkschaft erzielt werden. Insgesamt wirken bei der Organisierung auch strukturelle Hindernisse. So zeugt die Persistenz informeller Beschäftigung in allen drei Ländern von zweierlei: Erstens, dass sich die Überwindung strukturell heterogener Arbeitsmärkte für Länder der Peripherie äußerst schwierig darstellt; insbesondere im Kontext einer Wirtschafts- und Entwicklungspolitik, bei der Primärgüterexporten eine hohe Relevanz zugesprochen wird und auf Wachstumseffekte in Sektoren abgezielt wird, die nicht nur selber einen hohen Informalitätsgrad aufweisen, sondern zudem aufgrund ihrer Exportorientierung nur geringe binnenökonomische Vertiefungseffekte der Produktionsprozesse bereithalten. Zweitens forcierten die Regierungen insbesondere in Dienstleistungssektoren weiterhin Prozesse des *Outsourcing* und Prekarisierung von Beschäftigung.

Während in allen drei Ländern ähnliche Triebkräfte, Mechanismen, aber auch Hindernisse hinter dem Wiederstarken der Gewerkschaften stehen,

ist doch die jeweilige Gewichtung erstarkter Machtressourcen von Fall zu Fall unterschiedlich. In Uruguay konnte aufgrund der konsequenten korporatistischen Integration sowie der Geschlossenheit der Gewerkschaftsbewegung die Organisationsmacht wesentlich stärker ausgebaut werden als in den anderen beiden Ländern. In Argentinien kam es zwar zu einer Re-Regulierung des Arbeitsmarktes und einem Ausbau korporatistischer Strukturen, jedoch erstreckte sich letzterer nicht in vergleichbarem Maße auf unorganisierte, informelle Bereiche und reproduzierte zudem peronistische Privilegienstrukturen. In Brasilien bleibt die institutionelle Entwicklung am widersprüchlichsten. Während korporatistische Foren und der Mindestlohn gestärkt wurden, konnte die Kohäsion des Gewerkschaftssystems kaum gesteigert werden. Trotz ihrer starken Fragmentierung konnten die Gewerkschaften zwar reale Lohnsteigerungen und die Anerkennung bisher benachteiligter Berufsgruppen erreichen, eine Ablösung der neoliberalen Dogmen in wirtschaftspolitischen Kernfragen (etwa Währung und Staatshaushalt) konnte jedoch nicht durchgesetzt werden. Der Anstieg der gesellschaftlichen und strukturellen Machtressourcen der Gewerkschaften fiel wiederum zunächst in Argentinien besonders stark aus. Hier waren die Hegemonie eines neoliberalen Alltagsverständnisses und in der Folge die *deuda social* (soziale Schuld) der neoliberalen Politik in Form von Deindustrialisierung und Prekarisierung auf dem Arbeitsmarkt am eruptivsten. Auf der Ebene der Organisationsmacht verzeichnen wir deutliche Unterschiede zwischen den untersuchten Länderfällen. Während die Gewerkschaften in Uruguay auch dank ihrer Geschlossenheit ihre Mitgliedschaft durch übergreifende Rekrutierungskampagnen fast vervierfachen konnten, büßen in Argentinien und insbesondere Brasilien die ArbeiterInnenorganisationen durch ihre fortschreitende Fragmentierung immer wieder an Durchsetzungs- und Organisationsfähigkeit ein.

Gegenwärtig deuten in den beobachteten Länderfällen gemeinsame Entwicklungen darauf hin, dass sich abermals die Bedingungen für gewerkschaftliches Handeln in der wechselhaften Geschichte der *Cono-Sur*-Staaten verändern werden. Zunächst setzte der Einbruch der Primärgüterpreise der ökonomischen Prosperität ein Ende. In der Folge kippte das gesellschaftliche Klima vor allem in Brasilien und Argentinien zugunsten der rechtskonservativen Opposition. Somit ist der gewerkschaftliche Revitalisierungsprozess erst heute seiner eigentlichen Feuerprobe ausgesetzt: Die gestärkten Gewerkschaften müssen insbesondere gegenüber den Ankündigungen arbeits- und sozialpolitischer Einschnitte der neuen Regierungsadministrationen in Argentinien und Brasilien, aber auch im Rahmen des ökonomisch destabilisierten korporatistischen Dialogs in Uruguay, nun erstmals seit

der Jahrtausendwende grundsätzlich ihre Konfliktfähigkeit gegenüber den Regierungen unter Beweis stellen.

Literatur

- Abal Medina, Paula (2012): „Sindicalismo y mundo trabajador en la Argentina reciente“. In: Abal Medina, Paula; Bruno Fornillo & Gabriela Wyczykier (Hg.): *La forma sindical en Latinoamérica. Miradas contemporáneas*. Buenos Aires, S. 97-154.
- Alegre, Pablo, & Fernando Filgueira (2009): „Assessment of a Hybrid Reform Path. Social and Labour Policies in Uruguay, 1985-2005“. In: *International Labour Review*, Bd. 148, Nr. 3, S. 317-334, <http://dx.doi.org/10.1111/j.1564-913X.2009.00065.x>.
- Anner, Mark (2008): „Meeting the Challenges of Industrial Restructuring. Labor Reform and Enforcement in Latin America“. In: *Latin America Politics and Society*, Bd. 50, Nr. 2, S. 33-65, <http://dx.doi.org/10.1111/j.1548-2456.2008.00012.x>.
- Arbeitskreis Strategic Unionism (2013): „Jenaer Machtressourcenansatz 2.0“. In: Schmalz, Stefan, & Klaus Dörre (Hg.): *Comeback der Gewerkschaften? Machtressourcen, innovative Praktiken, internationale Perspektiven*. Frankfurt a.M., S. 345-375.
- Beccaria, Luis, & Fernando Groisman (2009) (Hg.): *Argentina desigual*. Buenos Aires.
- Beccaria, Luis; Fernando Groisman & Roxana Maurizio (2009): „Notas sobre la evolución macroeconómica y del mercado de trabajo en la Argentina 1975-2007“. In: Beccaria & Groisman 2009, S. 11-38.
- Beccaria, Luis & Fernando Groisman (2009a): „Informalidad y pobreza: una relación compleja“. In: Beccaria & Groisman 2009, S. 93-156.
- Bennett, Andrew (2010): „Process Tracing and Causal Inference“. In: Brady, Henry, & David Collier (Hg.): *Rethinking Social Inquiry. Diverse Tools, Shared Standards*. 2. Aufl., Lanham, S. 207-219.
- Boito, Armando, & Paula Marcelino (2011): „Decline in Unionism? An Analysis of the New Wave of Strikes in Brazil“. In: *Latin American Perspectives*, Bd. 38, Nr. 5, S. 62-73. <http://dx.doi.org/10.1177/0094582X11408560>.
- Boris, Dieter (2014): *Linksregierungen in Lateinamerika*. Köln.
- Boris, Dieter, & Anne Tittor (2006): *Der Fall Argentinien. Krise, soziale Bewegungen und Alternativen*. Hamburg.
- Brand, Ulrich (2016): „Lateinamerika: Das Ende der linken Epoche?“. In: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, 5/2016, S. 93-100.
- Brinkmann, Ulrich; Hae-Lin Choi; Richard Detje; Klaus Dörre; Hajo Holst; Serhat Karakayali & Catharina Schmalstieg (2008): *Strategic Unionism: Aus der Krise zur Erneuerung? Umriss eines Forschungsprogramms*. Wiesbaden.
- CEPAL – Comisión Económica para América Latina y el Caribe (2010): *Time for Equality – Closing Gaps, Opening Trails*. Brasília.
- Collier, David, & Ruth Berins Collier (2002): *Shaping the Political Arena. Critical Junctures, the Labor Movement and Regime Dynamics in Latin America*. Notre Dame, US-IN.
- Córdova, Armando (1973): *Strukturelle Heterogenität und wirtschaftliches Wachstum. Drei Studien über Lateinamerika*. Frankfurt a.M.
- Del Campo, Hugo (2005): *Sindicalismo y peronismo. Los comienzos de un vínculo perdurable*. Buenos Aires.
- DIEESE – Departamento Intersindical de Estatística e Estudos Socioeconômicos (2012): *A situação do trabalho no Brasil na primeira década dos anos 2000*. São Paulo.
- DIEESE – Departamento Intersindical de Estatística e Estudos Socioeconômicos (2016): „Balanço das negociações dos reajustes salariais de 2015“. In: *Estudos e Pesquisas*, Nr. 80, <http://>

- www.dieese.org.br%2fbalancodosreajustes%2f2016%2festpesq80balancoreajustes2015.pdf/, letzter Aufruf: 27.5.2016.
- Dobrusin, Bruno, & Luis Campos (2016): „The 2015 Elections in Argentina and its Impact on Labor“. In: *Global Labour Column*, Nr. 230.
- Dörre, Klaus (2010): „Überbetriebliche Regulierung von Arbeitsbeziehungen“. In: Voß, Gerd Günter; Günther Wachtler & Fritz Böhle (Hg.): *Handbuch Arbeitssoziologie*. Wiesbaden, S. 873-912.
- Doyon, Louise (1975): „El crecimiento sindical bajo el Peronismo“. In: *Desarrollo Económico*, Bd. 15, Nr. 57, S. 151-161, <http://dx.doi.org/10.2307/3466214>.
- Draibe, Sônia (2004): *Rumos e metamorfoses. Um estudo sobre a constituição do Estado e as alternativas da industrialização no Brasil, 1930-1960*. Santa Ifigênia.
- Errandonea, Alfredo, & Daniel Costabile (1969): *Sindicato y sociedad en el Uruguay*. Montevideo.
- Etchemendy, Sebastián (2011): *El diálogo social y las relaciones laborales en Argentina 2003-2010. Estado, sindicatos y empresarios en perspectiva comparada*. Buenos Aires.
- Fagnani, Eduardo (2005): *Política social no Brasil (1964-2002). Entre a cidadania e a caridade*. Campinas. Promotionsschrift.
- Finch, Martin Henry John (1981): *A Political Economy of Uruguay since 1870*. Hampshire.
- Godio, Julio (2000): *Historia del movimiento obrero argentino. 1870-2000*. Buenos Aires.
- Gonzalez, Roberto; Marcelo Galiza; Brunu Amorim; Fábio Vaz & Luiz Parreiras (2009): „Regulacao das relacoes de trabalho no Brasil. O marco institucional e a dinâmica pós-contituinte“. In: *Políticas Sociais. Acompanhamento e Análise*, Bd. 17, Nr. 2, Brasília, S. 85-151.
- IBGE – Instituto Brasileiro de Geografia e Estatística, <http://www.ibge.gov.br/>, letzter Aufruf: 30.5.2016.
- ILO – International Labour Office (2002): *Labour Overview. Latin America and the Caribbean*. Lima.
- INDEC – Instituto Nacional de Estadística y Censos de la República Argentina, <http://www.indec.mecon.ar>, letzter Aufruf: 30.5.2016.
- Infante, Ricardo; Carlos Mussi & Mauro Oddo (2015) (Hg.): *Por um desenvolvimento inclusivo. O caso do Brasil*. Santiago de Chile.
- Krein, José Dari (2013): „As transformações no mundo do trabalho e as tendências das relações de trabalho na primeira década do século xxi no Brasil“. In: *Revista NECAT*, Bd. 2, Nr. 3, S. 6-25.
- La Nación (2001): *El frenapo presentará un plan económico y social al parlamento*. 22.12.2001. Buenos Aires.
- Lanzaro, Jorge (2011): „Uruguay: A Social Democratic Government in Latin America“. In: Levitsky, Steven, & Kenneth M. Roberts (Hg.): *The Resurgence of the Latin American Left*. Baltimore, US-MD, S. 348-374.
- Lévesque, Christian, & Gregor Murray (2010): „Understanding Union Power. Resources and Capabilities for Renewing Union Capacity“. In: *Transfer. European Review of Labour and Research*, Bd. 16, Nr. 2, S. 333-350. <http://dx.doi.org/10.1177/1024258910373867>.
- Luna, Juan Pablo (2007): „Frente Amplio and the Crafting of a Social Democratic Alternative in Uruguay“. In: *Latin American Politics and Society*, Bd. 49, Nr. 4, S. 1-30. <http://dx.doi.org/10.1353/lap.2007.0052>.
- Marshall, Adriana (2005): *Labor Regulations and Unionization Trends. Comparative Analysis of Latin American Countries*. Cornell University Visiting Fellow Working Paper Nr. 22, Ithaca, US-NY.
- Notaro, Jorge, & Claudio Fernández Caetano (2012): *Los Consejos de Salarios en Uruguay. Origen y primeros resultados 1940-1950*. Montevideo.

- Palomino, Héctor (2005): „Los sindicatos y los movimientos sociales emergentes del colapso neoliberal en Argentina“. In: De la Garza Toledo, Enrique (Hg.): *Sindicatos y nuevos movimientos sociales en América Latina*. Buenos Aires, S. 19-52.
- Quijano, José Manuel (2005): „Algunas enseñanzas de las crisis bancarias recientes: el caso uruguayo“. In: *Investigación Económica*, Bd. 64, Nr. 252, S. 123-157.
- Raso Delgue, Juan; Hugo Barretto Ghione & Nelson Loustaunau (2010): *Las nuevas relaciones laborales en Uruguay*. Montevideo.
- Rico, Álvaro (1989): *La resistencia a la dictadura. Cronología documentada (1973-1975)*. Montevideo.
- Rodríguez, Juan Manuel; Beatriz Cozzano & Graciela Mazzuchi (2010): *Relaciones laborales y modelo de desarrollo*. Montevideo.
- Santos, Wanderley Guilherme dos (1979): *Cidadania e justiça. A política social na ordem brasileira*. Rio de Janeiro.
- Schmalz, Stefan, & Klaus Dörre (2014): „Der Machtressourcenansatz: Ein Instrument zur Analyse gewerkschaftlichen Handlungsvermögens“. In: *Industrielle Beziehungen*, Bd. 21., Nr. 3, S. 217-237.
- SEDLAC – Socio-Economic Database for Latin America and the Caribbean, <http://sedlac.econo.unlp.edu.ar/>, letzter Aufruf: 30.5.2016.
- Senatore, Luis & Gustavo Méndez (2011): „La política laboral en el bienio 2010-2011“. In: Universidad de la República (Hg.): *Políticas en tiempos de Mujica. En busca del rumbo*. Montevideo, S. 113-123.
- Sénen González, Cecilia (2011): „La revitalización sindical en Argentina durante los Kirchner“. In: *Revista Trabajo*, Bd. 5, Nr. 8, S. 39-64.
- Silver, Beverly J. (2005): *Forces of Labor. Arbeiterbewegungen und Globalisierung seit 1870*. Berlin.
- Supervielle, Marcos, & Mariela Quiñones (2003): „Las nuevas funciones del Sindicalismo en el cambio del milenio“. In: Universidad de la República (Hg.): *El Uruguay desde la sociología. Integración, desigualdades, trabajo y educación*. Montevideo, S. 277-307.
- Timmer, Marcel; Gaaitzen de Vries & Kornelis de Vries (2014): *GGDC 10 Sector Database*. Groningen.
- Torrado, Susana (1992): *Estructura social de la Argentina, 1945-1983*. Buenos Aires.
- Torre, Juan Carlos (1989): „Interpretando (una vez más) los orígenes del Peronismo“. In: *Desarrollo Económico*, Bd. 28, Nr. 112, S. 525-548, <http://dx.doi.org/10.2307/3467001>.
- Turner, Lowell (2006): „Globalization and the Logic of Participation. Unions and the Politics of Coalition Building“. In: *Journal of Industrial Relations*, Bd. 48, Nr. 1, S. 83-97, <http://dx.doi.org/10.1177/0022185606059315>.
- Weinmann, Nico (2014): „Los ciclos de la política del trabajo formal e informal en América Latina“. In: Burchardt, Hans-Jürgen, & Fernando Groisman (Hg.): *Desprotegidos y desiguales ¿Hacia una nueva fisonomía social?* Buenos Aires, S. 159-183.
- Wright, Erik Olin (2000): „Working-Class Power, Capitalist-Class Interests and Class Compromise“. In: *The American Journal of Sociology*, Bd. 105, Nr. 4, S. 957-1002, <http://dx.doi.org/10.1086/210397>.
- WVS – World Value Survey, <http://www.worldvaluessurvey.org/>, letzter Aufruf: 30.5.2016.

Anschriften der Autoren:

Nico Weinmann	Friedrich Bossert	Paul Hecker
weinmann@uni-kassel.de	bossert@uni-kassel.de	hecker@uni-kassel.de